

Rathaus  
Barfüssergasse 24  
4509 Solothurn  
Telefon 032 627 20 79  
pd@sk.so.ch  
parlament.so.ch

ID 0038/2022 (DBK)

**Dringliche Interpellation Andrea Meppiel (SVP, Hofstetten-Flüh): Aufnahme von ukrainischen Flüchtlingskindern an den Schulen (22.03.2022)**

Begründung Dringlichkeit:

Die Fragen müssen auf Grund der aktuell stark steigenden Zahl an Flüchtlingen aus der Ukraine und der raschen Einschulung deren Kinder jetzt geklärt werden. Damit wird eine optimale Vorbereitung der Schulen/Gemeinden und ein möglichst einheitliches Vorgehen ermöglicht sowie die nötigen Ressourcen bereitgestellt.

Auf Grund der aktuellen Kriegs-Situation in der Ukraine sind wir mit einer hohen Anzahl an Flüchtlingen konfrontiert. Gemäss Bundesrätin Karin Keller-Sutter werden bis zu 50'000 Schutzsuchende erwartet, Marcel Suter, Präsident der Vereinigung der Kantonalen Migrationsbehörden (VKM) spricht gar von über 100'000 Flüchtlingen. Bis heute (Montag, 21.03.2022, 12.00 Uhr) wurden in der Schweiz bereits 11'021 ukrainische Flüchtlinge registriert. Der Kanton Solothurn hat gemäss Wochenblatt vom 17.03.2022, zusammen mit den Gemeinden, bisher 210 zusätzliche Plätze bereitgestellt sowie eine „Arbeitsgruppe Ukraine“ mit Vertretern verschiedener kantonalen Stellen, dem Verband Solothurner Einwohnergemeinden (VSEG), den Sozialregionen und der Firma ORS Service AG aufgestellt.

Parallel sind wir aber in den Gemeinden auch mit der Situation konfrontiert, dass Privatpersonen den Flüchtlingen Hilfe anbieten, diese an der Grenze abholen und privat unterbringen. Diese Abläufe sind aktuell weitgehend unkoordiniert.

Bei den Flüchtenden handelt es sich gemäss Staatssekretariat für Migration (SEM) bei rund 40% um Minderjährige. Damit werden nach Schätzungen der Basler Zeitung (BAZ) vom 19.03.2022 bald bis zu 10% mehr Kinder in den Klassenzimmern sitzen (offizielle Schätzungen gibt es nicht). Die Schulen haben damit eine Schlüsselrolle in der Integration und sehen sich nun mit einigen grösseren Herausforderungen konfrontiert: Lehrkräftemangel (insbesondere Deutsch als Zweitsprache [DaZ]), Sprachbarrieren, anderes Alphabet (kyrillisch), Mangel an Schulraum, Online-Unterricht (aus der Ukraine), höhere Anforderungen an Schulsozialarbeit und Schulpsychologischen Dienst (SPD) (Kriegs-/Fluchttraumata).

Aufgrund der aktuellen Geschehnisse bitte ich den Regierungsrat, folgende Fragen zu beantworten:

1. Mit welchen Massnahmen und Hilfsmitteln (z.B. Dolmetscher, spezifisches Schulmaterial, Übersetzungshilfen für Elterninformationen, Tools für Online-Unterricht etc.) unterstützt der Kanton die Gemeinden bei der Integration der ukrainischen Flüchtlingskinder in den Schulen und zu wessen Lasten gehen die anfallenden Kosten?
2. Wie wird sichergestellt, dass die Schulen nicht mit enormem zusätzlichem bürokratischem Aufwand belastet werden?
3. Unterstützt der Kanton die Schule bei der Suche nach DaZ-Lehrpersonen (z.B. kantonaler oder interkantonaler Pool)?
4. Werden zusätzliche DaZ-Lektionen seitens des Kantons gesprochen? Wenn nein, wie wird sichergestellt, dass die bisherigen Kinder mit DaZ-Schulungsbedarf weiterhin eine angemessene Anzahl Lektionen erhalten?
5. Ist dafür gesorgt, dass vom SPD genügend Kapazität für die Betreuung der Kinder mit Kriegstraumata zur Verfügung steht?

6. Wie wird sichergestellt, dass an den Schulen einheitliche Abläufe und Massnahmen angewendet werden?
7. Welche zusätzlichen Kosten übernimmt der Kanton, welche sind für die Gemeinden zu erwarten?
8. Welche Lösungsansätze sieht der Kanton bei akutem Schulraummangel auf Grund der Klassengrössen in den Standorten vor?

*Begründung 22.03.2022:* Im Vorstosstext enthalten.

*Unterschriften:* 1. Andrea Meppiel, 2. Christine Rütli, 3. Beat Künzli, Johannes Brons, Roberto Conti, Markus Dick, Tobias Fischer, Josef Fluri, Thomas Giger, Sibylle Jeker, Kevin Kunz, Adrian Läng, Matthias Meier-Moreno, Tamara Mühlemann Vescovi, Daniel Nützi, Jennifer Rohr, Werner Ruchti, Philippe Ruf, Silvia Stöckli, Rémy Wyssmann (20)